

## 15. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

#### der Abgeordneten Claudia Hämmerling (Bündnis90/Die Grünen)

vom 24. März 2003 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. März 2003) und **Antwort (Schlussbericht)**

#### Staffordshire Bullterrier bei Amtsveterinären unbekannt

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat den Umstand, dass die Berliner Beißstatistik von 2001 korrigiert werden musste, weil Hundebisse fälschlicherweise der Hunderasse Staffordshire Bullterrier zugeordnet wurden, obwohl sie anderen Hunderassen zuzuordnen sind?

2. Wie bewertet der Senat den Umstand, dass Amtsveterinäre aus 11 Berliner Bezirken die Hunderasse Staffordshire Bullterrier nicht bestimmen konnten, bevor ein Hundesachverständiger die Behördenmitarbeiter im letzten Herbst anhand seiner eigenen Hunde dieser Hunderasse informierte?

3. Wie bewertet der Senat die Aussage der Amtsveterinäre gegenüber dem Sachverständigen, dass sie diese Hunderasse noch nie zuvor gesehen hätten und sie bis dahin auch nicht bestimmen konnten?

4. Wie bewertet der Senat die Aussage einer Amtsveterinärin, dass diese Hunde viel zu klein für Kampfhunde wären?

5. Wie erklärt der Senat, dass in der Beisstatistik von 2001 Hundebisse durch die Rasse Staffordshire Bullterrier ausgewiesen sind, obwohl die Amtsveterinäre von 11 Bezirken erklärt haben, diese Hunderasse nicht zu kennen und noch nie zuvor gesehen zu haben?

6. Auf welcher Basis wurde die Hunderasse Staffordshire Bullterrier in der Beißstatistik von 2001 bestimmt, wenn die hierfür zuständigen Amtsveterinäre diese Hunderasse nicht kannten?

7. Teilt der Senat die Auffassung, dass die in der Statistik ausgewiesenen Hundebisse der Rasse Staffordshire Bullterrier eher Mischlingshunden aus Kreuzungen der Hunderassen American Staffordshire Terrier und Bullterrier zuzuordnen sind?

8. Wie bewertet der Senat, dass die Akten über die in der Beißstatistik ausgewiesenen fünf Beißvorfälle der Rasse Staffordshire Bullterrier nicht mehr auffindbar sind?

9. Wie bewertet der Senat, dass gegen den Herrn Prof. Dr. B., den Leiter einer renommierten Berliner Kleintierklinik rechtlich vorgegangen wird, weil er ein Expertengutachten für einen 35 kg schweren und 59 cm hohen Hund erstellt und diesem die Rassezugehörigkeit zu dem maximal 17 kg schweren und 40 cm hohen Staffordshire Bullterrier bescheinigt hat?

10. Teilt der Senat die Auffassung, dass die meisten Tierärzte mit der Bestimmung von Hunderassen überfordert sind?

Zu 1. – 10.: Der Senat ist sich der Tatsache bewusst, dass die Bestimmung der Rasse eines an einem Bissvorfall beteiligten Hundes durch die zuständigen Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämter in Einzelfällen aus den unterschiedlichsten Gründen Probleme bereiten kann. Bei einigen der in Rede stehenden Fälle ist es aber lediglich zu einer versehentlich falschen Datenerfassung auf bezirklicher Ebene gekommen.

Dass diesen Umständen geschuldet bei der Erfassung der Vorfälle in der Bissstatistik des Jahres 2001 in 5 von insgesamt 2038 Fällen Fehler auftraten, ist bedauerlich. Der Senat teilt die Annahme der Abgeordneten, dass es sich bei den 5 Hunden um Mischlinge u.a. der in Frage Nr. 7 benannten Rassen gehandelt haben könnte. Die Statistik wurde mittlerweile nach Abstimmung mit den Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämtern der Bezirke korrigiert.

Die Richtigkeit der in den Fragen Nummer 2 bis 4, 8 und 9 benannten Umstände, Aussagen und Feststellungen kann der Senat aufgrund der aus den Bezirken zur Verfügung gestellten Informationen nicht bestätigen.

Ungeachtet der Tatsache, dass eine Rassezuordnung von Hunden in Einzelfällen naturgemäß problematisch sein kann, teilt der Senat zudem nicht die Auffassung, dass die meisten Tierärzte mit der Bestimmung von Hunderassen überfordert sind. Der Senat sieht vielmehr in Tierärzten grundsätzlich die aufgrund ihrer Ausbildung kompetenteste Berufsgruppe für die Rassebestimmung von Hunden.

Berlin, den 24. Juni 2003

In Vertretung  
Dr. Hermann S c h u l t e - S a s s e

---

Senatsverwaltung für Gesundheit,  
Soziales und Verbraucherschutz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Juni 2003)